

Im Kern undemokratisch  
Michael Brandt

Vor Wahlen ein unvermeidbares Bild entlang der Bremer Straßen: Von jedem Baum und Laternenmast aus werden die Bürger unaufgefordert von Politikergesichtern angelächelt. Oft nicht schön für das Stadtbild, aber der Plakatwald gehört dazu. Dieses Recht, das sich die Parteien für den Wahlkampf herausnehmen, soll nun für ein Volksbegehren in Bremerhaven nicht gelten. Es wird offenbar mit zweierlei Maß gemessen, es wird ein Unterschied gemacht zwischen Partei und Volk. Das Verhalten des Bremerhavener Magistrats ist im Kern undemokratisch. Mit einer formalen Begründung wird versucht, der unliebsamen Initiative das Leben schwer zu machen. Demokratie aber lebt von der Auseinandersetzung mit Inhalten, auch wenn diese den regierenden Parteien nicht nach der Mütze sein mögen.

Die Plakatierung ist für den Verein "Mehr Demokratie" dabei eine zentrale Möglichkeit, auf das Volksbegehren aufmerksam zu machen. Den Aufmüpfigen aber einfach den Mund zu verbieten, hinterlässt einen schalen Beigeschmack. Zumal es in der Stadt Bremen für die Behörde anscheinend keinen Anlass gegeben hat, die Plakatierung zu verbieten. Das Volksbegehren hat ein neues Wahlrecht zum Ziel und richtet sich gegen Parteienklüngel und die Bevormundung der Wähler. Damit rütteln die Initiatoren am jahrzehntealten Parteigefüge, indem sie den Wähler stärker als bisher bei der Zusammensetzung der Parlamente mitreden lassen wollen. Das Bremerhavener Plakatverbot wirkt dabei wie eine ängstliche Abwehrhaltung - und liefert damit dem Volksbegehren zusätzliches Futter.

© Copyright Bremer Tageszeitungen AG Ausgabe: Weser-Kurier Seite: 9 Datum:  
03.08.2006